

Christoph Butterwegge

Eine inklusive Gesellschaft statt sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung der Armen!

Dass sich Deutschland immer stärker in Arm und Reich spaltet, ist seit dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung amtlich: Demnach verfügen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über 53 Prozent des Nettogesamtvermögens, die ärmere Hälfte der Bevölkerung hingegen nur über 1 Prozent. Laut einer neueren Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben 20,2 Prozent der Menschen keinerlei finanzielle Rücklagen und 7,4 Prozent sogar mehr Schulden als Vermögen. Über 22 Mio. von 80 Millionen Einwohner(inne)n sind also bestenfalls eine Kündigung oder eine schwere Krankheit von der Armut entfernt.

Arme werden in unserem reichen Land selbst für ihre soziale Misere verantwortlich gemacht, übernehmen diese Fremdzuschreibung teilweise und ziehen sie sich häufig voller Scham aus dem öffentlichen Raum zurück. Da die zunehmende Wahlabstinenz und die verbreitete Enttäuschung vieler Bürger/innen über die sog. Volksparteien ein Resultat des Versagens der politischen Eliten im Hinblick auf die Formulierung demokratisch entscheidbarer Handlungsalternativen ist, muss der Allparteienkonsens einer vermeintlichen Alternativlosigkeit des Regierungshandelns aufgebrochen, die Standortlogik widerlegt und eine neue Kultur der Solidarität begründet werden.

Nötig wäre ein Um- bzw. Ausbau des bestehenden Wohlfahrtsstaates zu einem Gemeinwesen aller Bürger/innen. In die solidarische Bürgerversicherung als Kern eines inklusiven Sozialstaates müssten Selbstständige, Freiberufler/innen und Beamte genauso einbezogen sein wie Abgeordnete und Minister/innen. Sie würde alle Wohnbürger/innen vor den Standardlebensrisiken schützen. Die finanzielle Solidarität der Besserverdienenden willkürlich deckelnde Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen wären auf- bzw. stark anzuheben, alle Einkommensarten, auch Kapitaleinkünfte (Dividenden, Zinsen) sowie Miet- und Pachteinnahmen beitragspflichtig zu machen. In die solidarische Bürgerversicherung einzubetten ist eine soziale Grundsicherung, die den Namen im Gegensatz zu Hartz IV wirklich verdient: Sie müsste bedarfsorientiert, armutsfest und repressionsfrei sein, ihre Höhe deutlich über dem Niveau der heutigen Sozialhilfe liegen und eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen. Bürgerver- und bedarfsgerechte Grundsicherung ermöglichen es gemeinsam allen Bewohner(inne)n des Landes, ohne Angst vor einem sozialen Absturz und Ausschluss leben können.